

Sitzungen von Vorstand und Hauptvorstand

Innenminister Michael Ebling lobt öffentlichen Dienst

Mit Blick auf den Herbst: dbb fordert faire Ländertarifrunde und schnelle Übertragung auf Besoldung und Versorgung

Mit einem „Antrittsbesuch“ beehrte der rheinland-pfälzische Minister des Innern und für Sport am 19. April 2023 den Hauptvorstand des dbb Landesbundes. Michael Ebling war für eine gute Stunde Gast in Bingen, stellte sich als „Neuer“ im Amt vor und beleuchtete die aktuelle Lage des öffentlichen Dienstes im Land zu den Stichworten Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung, Einkommensrunden 2023 – TVöD und TV-L –, Personalnotstand in den Kommunalverwaltungen an der Ahr sowie Reform des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPersVG).

► LPersVG

Zur LPersVG-Novelle teilte der Minister auf das stetige dbb Drängeln mit, dass die Ressortabstimmung in der Landesregierung zum Entwurf laufe und dass das gesetzliche Verbändebeteiligungsverfahren vor der Sommerpause eingeleitet werde.

Hier darf es, so dbb Landeschefin Lilli Lenz, nicht dazu kommen, dass eine zu kurze oder in die Sommerferienzeit fallende Stellungnahmefrist gesetzt wird. Der dbb rheinland-pfalz brauche ausreichend Zeit zur Prüfung des



► Innenminister Michael Ebling mit Lilli Lenz.

Entwurfs, wie das Innenressort ja auch Zeit brauchte, um den Entwurf zu erstellen.

Inhaltlich werde der Gesetzesentwurf die Einführung eines Erörterungsrechts für die Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte enthalten, so Innenminister Ebling. Dabei gehe es zuständigkeitskonform ohne Beschneidung der bisherigen Kompetenzen der Personalvertretungen um verbesserte Information und Abstimmung insbesondere in ressortübergreifenden Angelegenheiten und bei Maßnahmen, die geschäftsbereichsübergreifend sind. Etabliert werden solle auch ein Wirt-

schaftsausschuss an größeren Dienststellen als beratende Instanz zum Beispiel bei Digitalisierungsprojekten. Bei Einrichtung soll verpflichtend mindestens ein Personalratsmitglied in den Ausschuss. Die zuständige Personalvertretung benennt die Mitglieder; es können auch Externe Mitglieder sein. Vorgesehen seien außerdem eine Reihe von – vom dbb rheinland-pfalz geforderten – Mitbestimmungserweiterungen, „um das LPersVG Rheinland-Pfalz noch besser zu machen“, auch angesichts von Erfordernissen durch die fortschreitende Digitalisierung. Von den Digitalisierungserfahrungen während der Pandemie

übrig bleiben sollen auch praktische Errungenschaften bei der Technikenutzung für Telefon- und Videokonferenzen sowie für Umlaufbeschlussverfahren.

► Personalgewinnung

Im Zusammenhang mit Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung schilderte Minister Ebling Maßnahmen zur Etablierung und Verfestigung einer Arbeitgebermarke des Landesdienstes Rheinland-Pfalz. Ein solches Employer-Branding solle auf dem Arbeitnehmermarkt für einen hohen Wiedererkennungswert und ein weiter verbessertes Image sorgen. Im Wettbewerb um gute Kräfte müsse das Land dranbleiben, um als guter Arbeitgeber wahrgenommen zu werden. Eine interministerielle Arbeitsgruppe „Personalgewinnung und -bindung“ – IMA PEB – werde außerdem eingesetzt auf Ministerratsbeschluss.

Wie schon in der Vorläufer-Arbeitsgruppe „Personalentwicklung“, an deren Sitzungen der dbb rheinland-pfalz wegen seiner frühen Initiative zur Errichtung einer „Kreativ-AG“ für die Verbesserung des Images des öffentlichen Dienstes und der entsprechenden Nachwuchs-

gewinnung als Gast beteiligt war, wird der Landesbund auch Teil der neuen IMA PEB sein.

Zentrale Aufgabe der IMA PEB ist es, bedarfsorientierte und fachspezifische Maßnahmen zur Personalgewinnung und -bindung nach Maßgabe der von den Koalitionsparteien im „Zukunftsvertrag Rheinland-Pfalz“ vereinbarten Zielsetzungen zu erarbeiten.

> **Praxisbeispiel**

Innenminister Michael Ebling stellte dar, dass insbesondere für den Landesdienst im 2021 flutbetroffenen Landkreis Ahrweiler bereits an musterhaften Kampagnen zur Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung gefeilt werde. Er bot dem kritischen Publikum einige Kampagnenslogans an, über die man in seinem Haus berate.

Das Land habe erkannt, so der Minister weiter, was es an den Beschäftigten im öffentlichen Dienst habe und wie wertvoll deren Dienst für das Gemeinwohl und die Gemeinschaft sei. Gute Arbeitsbedingungen könnten hier Markenkern für den öffentlichen Arbeitgeber sein, aber auch Aufgabenkritik gehöre dazu. Michael Ebling: „Man muss sehen, was sein

muss.“ Dann stimme das Verhältnis Arbeitsdichte – Personal und das sei wichtig für gleichbleibend hohe Qualität öffentlicher Dienstleistungen im Land, die tagtäglich von den Beschäftigten erbracht werden.

> **Austausch**

Es schloss sich eine Frage-Antwort-Runde an, in der es um dienst- und arbeitsrechtliche Einzelheiten im Zusammenhang mit den Flutauswirkungen auf den öffentlichen Dienst an der Ahr ging, um Arbeitszeiten und um Dienstkraftfahrzeugrichtlinien.

Deutliche Rückmeldung erhielt der Minister auch für die zitierten Kampagnenslogans zur Personalgewinnung, denn die Formulierungen gefielen einigen Hauptvorstandsmitgliedern nicht besonders. Plädiert wurde bei allem Verständnis für Marketing und Markentablierung für mehr Substanz etwa bei den Bezahlungsbedingungen im öffentlichen Dienst anstatt für mehr Show.

> **Interne Sitzung**

Hauptthema sowohl in der Vormittagssitzung des Vorstands als auch in der nachmittäglichen Hauptvorstandssit-



> Andrea Meyer, Ehrenvorsitzende des BDR Rheinland-Pfalz, mit Lilli Lenz.

zung war der damals aktuelle Schlichtungsvorschlag im Zusammenhang mit den schwierigen Tarifverhandlungen für Kommunen und Bund.

Die Gremien mahnten dazu insbesondere Besonnenheit, Fairness und schnelle systemgerechte Übertragung auf Beamtenbesoldung UND -versorgung an, auch und gerade in Bezug auf inflationsausgleichende Bezahlungsbestandteile – siehe dazu den Artikel über die einstimmig gefasste Entschließung in diesem Heft.

Berichte aus den Gremien des dbb bund, aus der dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz, der dbb landesfrauenvertretung rheinland-pfalz, der dbb jugend rheinland-pfalz und dem Arbeitskreis Bildungsgewerkschaften sowie den gebietlichen Untergliederungen und Mitgliedsgewerkschaften rundeten den Lagebericht der Landesleitung im Hauptvorstand ab, die nötigen Haushaltsbeschlüsse wurden gefasst.

> **Andrea Meyer verabschiedet**

Verabschiedet aus dem Hauptvorstand wurde die Ehrenvorsitzende des Bundes Deutscher Rechtspfleger – BDR – Rheinland-Pfalz und ehemalige BDR-Landesvorsitzende Andrea Meyer. Die dbb Landeschefin Lilli Lenz dankte ihr für ihr jahrzehntelanges engagiertes Mitstreiten und auch für den sehr guten zwischenmenschlich-kollegialen Kontakt. Andrea Meyer selbst bedankte sich für die hervorragende Zusammenarbeit unter dem Dach des dbb und wünschte den Gremienmitgliedern weiterhin viel Ausdauervermögen, Energie und Erfolg in der Gewerkschaftsarbeit.



> Vorstand des dbb rheinland-pfalz am 19. April 2023 in Bingen.

Einkommensrunde 2023

Entschießung des Hauptvorstandes

Ministerpräsidentin, Finanz- und Innenministerium sowie Landespolitik erhalten Forderung nach Fairness und Angemessenheit

Mit Blick auf die außerordentlich schwierige Tarifrunde für den öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen – TVÖD – hat der Hauptvorstand des dbb rheinland-pfalz in seiner Sitzung am 19. April 2023 in Bingen einstimmig beschlossen:

„Dieses Jahr bringt auch Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder – TV-L – im Herbst.

Die Verhandlungstermine sind bereits festgelegt von Ende Oktober bis Anfang Dezember.

Der dbb wird auf Bundesebene zu gegebener Zeit mit einer von seinen Gremien beschlossenen Forderung an die Öffentlichkeit treten.

Wir erwarten von der Arbeitgeberseite faires und zügiges Eingehen auf unsere Forderungen.

Wir fordern von den öffentlichen Arbeitgebern, der Landesregierung und dem

Haushalts- beziehungsweise Besoldungsgesetzgeber, dass

- genügend Finanzierungsmittel für angemessene Tarif-, Besoldungs- und Versorgungsanpassungen vorgesehen werden,
- das Ländertarifergebnis sehr zügig zeitgleich und systemgerecht auf die Besoldung der Landes- sowie Kommunalbeamtinnen/-beamten übertragen wird zugunsten der Angehörigen des aktiven Dienstes,
- das Ländertarifergebnis sehr zügig zeitgleich und systemgerecht auf die Versorgung der Landes- sowie Kommunalbeamtinnen/-beamten übertragen wird zugunsten der Pensionärinnen, Pensionäre und Hinterbliebenen,
- die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes die wertschätzende Anerkennung bekommen, die sie verdienen.“

Wie üblich hat die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz im Sitzungsnachgang Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Finanzministerin Doris Ahnen und Innenminister Michael Ebling sowie die relevanten Fraktionsvorsitzenden im Landtag adressiert und zur Entschießung mitgeteilt:

„Ohne eine gut aufgestellte Verwaltung bleibt jede Gesetzgebung nur Stückwerk, ob bei Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Umwelt, Finanzen oder einem der vielen anderen Politikfelder. Deshalb muss investiert werden, unter anderem in die Bezahlung.

Die Beschäftigten brauchen eine starke finanzielle Erhöhung, um mit den wirtschaftlichen Problemen klarzukommen, die jetzt und in der nächsten Zeit den Alltag weiter prägen werden.

Das ermöglicht verbesserte Nachwuchsgewinnung und Fachkräftesicherung. Das bedeutet Wertschätzung für Be-

standspersonal im öffentlichen Dienst. Das muss in den anstehenden Ländertarifverhandlungen unbedingt berücksichtigt werden.

Es geht uns aktuell fortgesetzt um angemessene, gute Bezahlung im öffentlichen Landes- sowie Kommunaldienst und um Fairness in der Tarifverhandlung.

Besonders betont fordern wir in diesem Zusammenhang, dass auch die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger unbedingt in die zeitgleiche und systemgerechte Tarifergebnisübertragung einzubeziehen sind. Die Argumente dafür sind klar, die Landesregierung hat sie bei der versorgungsrechtlichen Übertragung der Energiepreispauschale selbst deutlich hervorgehoben: Die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger sind genauso wie alle anderen Bevölkerungsgruppen von der Inflation betroffen.“

Vorbeugend stellt die Gewerkschaft damit klar, dass es ein Auseinanderdividieren weder nach Statusgruppen im öffentlichen Dienst geben darf noch danach, wer im aktiven Dienst ist oder nicht, was eine inflationsangepasste Bezahlung anbetrifft. ■

Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz

Heike Troue beim dbb

Kooperationsverhältnis bekräftigt

Der dbb rheinland-pfalz ist einer von 20 verbraucherorientierten Mitgliedsverbänden in der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e. V. Auch deshalb erhielt er Mitte April Besuch: Heike Troue, seit März neue Vorständin der Verbraucherzentrale, stellte sich der dbb Landesleitung vor, zusam-

men mit Manfred Schwarzenberg, dem Referenten für Verbraucherpolitik und Digitale Kommunikation.

Die Gäste erläuterten die wesentlichen Aufgaben und Handlungsfelder der Verbraucherzentrale mit ihren 116 Mitarbeitenden an sechs

Standorten in Rheinland-Pfalz. Insbesondere während der Coronapandemie, nach der Ahr-Flut und durch die Preis-/Energiekrise infolge des Ukrainekriegs sei das breite Beratungs- und Serviceangebot sehr gefragt. Zum Teil müsse man in individuellen Lebenskrisen betroffener Bürger wie ein Seelsorger handeln, wenn etwa Sperrkassierungen des Energieversorgers anstünden oder Ähnliches.

Die Verbraucherzentrale wirbt für ihr Beratungsangebot, ihre

Vorträge und insbesondere ihre Online-Seminare.

Newsletter

Ganz leicht gemacht wird der Bezug des informativen Newsletters der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz: Eine Anmeldung ist über die Startseite www.verbraucherzentrale-rlp.de im Internet schnell vorgenommen. Auf dem „Boden“ der Website rechts unten findet sich der Button „Newsletter“, darüber erfolgt die Anmeldung mittels Angabe einer E-Mail-Adresse.



© dbb rlp

> Stellvertretender dbb Landesvorsitzender Hans-Dieter Gattung, Lars Lamowski und Peter Mertens, dbb Landeschefin Lilli Lenz, stellvertretender dbb Landesvorsitzender Robert Tophofen, VZ-Vorständin Heike Troue, Referent Manfred Schwarzenberg und dbb Landesvizein Elke Schwabl (von links).

Online-Seminare

Unter www.verbraucherzentrale-rlp.de/webseminare-rlp finden sich im Netz aktuelle digitale Veranstaltungen der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz – ein zeitgemäßer und praktischer Weg zu mehr Verbraucherwissen.

Dazu nutzt die Verbraucherzentrale drei auf ihrer Homepage erläuterte Formate:

> Was ist ein Web-Seminar?

Die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e. V. bietet Vorträge zu verschiedenen Themen online an – sogenannte Web-Seminare. In einer durchschnittlichen Dauer zwischen

60 und 90 Minuten werden verschiedene aktuelle oder immer wieder relevante Verbraucherthemen tiefergehend besprochen und Verbraucherfragen aus dem Live-Chat beantwortet. Interessierte können mit dem eigenen Computer von zu Hause aus oder einem anderen Endgerät ortsunabhängig teilnehmen. Nach der Anmeldung erhalten Sie weitere Informationen zur Veranstaltung sowie einen Link zum Online-Veranstaltungsraum. Gleiches gilt für alle weiteren digitalen Veranstaltungen der Verbraucherzentrale.

> Was ist ein Lunch & Learn?

Bei dieser Online-Vortragsform handelt sich um ein halbstün-

diges Kurzformat, in dem sich Verbraucherinnen und Verbraucher in der Mittagspause nebenbei zu brandaktuellen, verbraucherrelevanten Themen informieren können. Diese gemeinsame Mittagspause können Interessierte nutzen, um eine einfache Anleitung, eine Hilfestellung zur Selbsthilfe zu ganz unterschiedlichen Themen an die Hand zu bekommen. Nach einem kurzen Input bleibt außerdem Zeit für Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

> Was ist eine Online-Sprechstunde?

Drittes Format ist die sogenannte Online-Sprechstunde. In einer durchschnittlichen Dauer von 60 Minuten wer-

den in der Sprechstunde Verbraucherfragen zu einem spezifischen Thema behandelt. Die kostenfreien Online-Sprechstunden finden in kleinen Gruppen statt, sodass Einzelfragen behandelt werden können. Nach einem kurzen Vortrag, der als Einstieg in das Thema dient, können der Referentin beziehungsweise dem Referenten Fragen gestellt werden, die in der Kleingruppe zusammen bearbeitet werden.

Verbraucherschutz

Die Verbraucherzentrale betreibt unabhängig und praxisnah umfassende Verbraucherberatung zu den Themenkomplexen Geld & Versicherungen, Digitales, Lebensmittel, Umwelt, Gesundheit & Pflege, Energie, Reise und Verträge.

Die Verbraucherzentrale ist eine überwiegend öffentlich finanzierte, gemeinnützige Organisation. Ziel ihrer Arbeit ist es, Verbraucherinnen und Verbraucher in Fragen des privaten Konsums zu informieren, zu beraten und zu unterstützen. Sie verschafft Überblick bei unübersichtlichen Angeboten und Durchblick bei komplexen Marktbedingungen. Und sie benennt Gesundheits- oder Umweltaspekte, die Kaufentscheidungen beeinflussen können. ■